Europäische Kommission

#EURoad2Sibiu

Eine vereinte Union, die auf Solidarität baut

Mai 2019

HIN ZU EINER GEEINTEREN, STÄRKEREN UND DEMOKRATISCHEREN UNION

„Als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission betrachte ich es als meine wichtigste Aufgabe, die Kluften, die während der Krise in Europa entstanden sind, zu überwinden. Es gilt, das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Im Mittelpunkt unserer Politik müssen die zentralen Herausforderungen für unsere Volkswirtschaften und unsere Gesellschaften stehen."

Jean-Claude Juncker, damals Kandidat für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten, Dienstag, **15. Juli 2014**

Da die Mitgliedstaaten mitunter in entgegengesetzte Richtungen gehen, haben Präsident Juncker und die Mitglieder des Kollegiums im europäischen Interesse die politisch Verantwortlichen zusammengebracht und in komplizierten und emotional aufgeladenen Fragen zwischen ihnen vermittelt.

KONFLIKTBEWÄLTIGUNG UND KRISENVERMEIDUNG

Eurozone: Bewältigung der Griechenland-Krise

Schlüsselfigur bei der **Bewältigung der Krise in der Eurozone** war Präsident Juncker, der sich Tag und Nacht dafür einsetzte, einen unheilvollen Ausstieg Griechenlands aus der gemeinsamen Währung zu verhindern und die wirtschaftliche Stabilität in ganz Europa zu wahren.

Präsident Juncker stand in ständigem Kontakt mit dem griechischen Ministerpräsidenten, anderen Staats- und Regierungschefs der Union sowie dem Europäischen Parlament, um seitens der Kommission das Angebot jeder erdenklichen technischen und politischen Unterstützung zur Bewältigung der Krise sicherstellen zu können. Er hat immer wieder seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass Griechenland nicht aus der Eurozone gedrängt werden dürfe und die Einheit der gemeinsamen Währung sowie die Würde des griechischen Volkes zu wahren seien.

Und die Haltung von Präsident Juncker hat sich bewährt: wie die Krise der Eurozone hat das griechische Drama einen guten Ausgang genommen. Die Lage in Griechenland ist nun sogar noch besser als vorhergesagt.

2016 hat das Land sein Primärüberschussziel massiv übertroffen. In den Jahren 2018 und 2019 dürfte die griechische Wirtschaft jeweils um 2,5 % wachsen.

Präsident Juncker, Euro-Gipfel, 7. Juli 2015

Prognostiziertes Wirtschaftswachstum von **2,5 %** für Griechenland in den Jahren 2018 und 2019

Migrationskrise in den Westbalkanstaaten

Als auf dem Höhepunkt der Migrationskrise von 2015 die Beziehungen der Westbalkanstaaten zueinander und zu den Nachbarländern angespannt waren, berief die Kommission eine außerordentliche Sitzung der betroffenen Staats- und Regierungschefs ein.

Angela Merkel, Jean-Claude Juncker und António Guterres, 25. Oktober 2015

Das Treffen im Berlaymont-Gebäude der Kommission mündete in Vereinbarungen über Informationsaustausch und Lastenteilung im Interesse eines wirksamen Grenzmanagements an den zahlreichen Staatsgrenzen und einer humanen Behandlung schutzbedürftiger Asylbewerber.

Die Kommission ist weiterhin koordinierend tätig und organisiert regelmäßige Videokonferenzen auf politischer Ebene zwischen der Kommission, den Kontaktstellen in den betroffenen Regierungen und zuständigen operativen Dienststellen.

Der Fall Almaraz

Im Jahr 2017 gab es zwischen Portugal und Spanien Auseinandersetzungen wegen des umstrittenen Baus einer Atommülldeponie nahe der portugiesisch-spanischen Grenze, bei **Almaraz**. Präsident Juncker brachte die Ministerpräsidenten Portugals und Spaniens zusammen, um zu einer gütlichen Einigung zu gelangen.

António Costa, Portugiesischer Ministerpräsident, Jean-Claude Juncker und Mariano Rajoy Brey, Spanischer Ministerpräsident (von links nach rechts), 29. April 2017

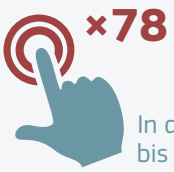
MEHR SICHERHIET

RescEU – Europäisches System zur Bewältigung von Naturkatastrophen

Europa wurde in den letzten Jahren von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Stürmen, Waldbränden und Erdbeben heimgesucht, die fast hundert Menschen das Leben gekostet haben. Die wirtschaftlichen Kosten von Naturkatastrophen sind infolge der Schäden an Häusern und Infrastruktur enorm: Im Jahr 2016 waren es fast 10 Mrd. EUR. In den Jahren 2016 bis 2018 kam das Katastrophenschutzverfahren der Union 78 Mal zum Einsatz.

Um den Katastrophenschutz zu verbessern und die notwendige Reaktions- und Einsatzbereitschaft zu stärken, beschloss die EU im März 2019 RescEU. Mit RescEU wurde eine neue Einsatzreserve geschaffen, in die als erstes Löschflugzeuge und -Helikopter einbezogen wurden. Darüber hinaus sollen die rescEU - Reserven künftig auch in anderen, beispielsweise medizinischen Notlagen oder bei chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Vorfällen zum Einsatz kommen.

Diese EU-Mittel werden die nationalen Ressourcen ergänzen und von der Kommission zur Unterstützung der von solchen Katastrophen betroffene Länder eingesetzt.



In den Jahren 2016 bis 2018 wurde der EU-Katastrophenschutz 78 Mal aktiviert.

Katastrophenschutzübung „EUrban Water Aid Project“, Ungarn, 5. April 2017

© Thinkstock

Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union

Trifft eine Naturkatastrophe einen Mitgliedstaat, so setzt die EU zuerst die Soforthilfeinstrumente ein; später leistet sie Finanzhilfen für den langfristigen Wiederaufbau.

Die Mittel des Solidaritätsfonds können zur Förderung des Wiederaufbaus und zur Deckung eines Teils der Ausgaben für Rettungseinsätze, Notunterkünfte, Aufräumarbeiten und Maßnahmen zum Schutz von Kulturerbe-Stätten verwendet werden, um auf diese Weise die nationalen Haushalte finanziell zu entlasten.

Seit Amtsantritt der Juncker-Kommission flossen 2 Mrd. EUR aus dem Solidaritätsfonds der EU an die von Katastrophen heimgesuchten Länder und Regionen.

Nach den tragischen Erdbeben 2016 und 2017 in Mittelitalien mobilisierte die Kommission einen Rekordbetrag von 1,2 Mrd. EUR aus dem Solidaritätsfonds der EU.

Soforthilfe für das Grenzmanagement

Im September 2016 kündigte Präsident Juncker an, dass die Europäische Kommission auf beschleunigte Prüfung von Bulgariens Anträgen hin beschlossen hatte, dem Land **Soforthilfemittel in Höhe von 108 Mio. EUR** für die Steuerung der Migrationsströme zu gewähren.

Die Mittel wurden eingesetzt, um sowohl die Erstaufnahmekapazitäten als auch die Kapazitäten der Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber zu erweitern und um die Grenzüberwachung sowie die Grenzkontrollmaßnahmen zu verstärken.

Die rasche Hilfe der Kommission ist Ausdruck der gemeinsamen Verpflichtung, die Außengrenze eines Mitgliedstaats als Außengrenze aller Mitgliedstaaten zu betrachten.

Die seit dieser Ankündigung an Bulgarien gegangenen Finanzhilfen liegen mittlerweile über 150 Mio. EUR.

€150 Mio. EUR **für Soforthilfe** zur besseren Steuerung der Migrationsströme in Bulgarien.

Ein Europa, das schützt – systematische Grenzkontrollen im Schengen-Raum

Im April 2017 führte die EU **systematische Grenzkontrollen im Schengen-Raum** ein, die zum einen der Sicherheit und zum anderen der Migrationssteuerung dienen sollten.

Diese gemeinsam vereinbarten Regeln sind Teil der gesetzgeberischen Reaktion auf die Anschläge von Paris und sollen sicherstellen, dass niemand ohne Abgleich mit den Sicherheitsdatenbanken in den Schengen-Raum einreisen oder aus dem Schengen-Raum ausreisen kann.

Unmittelbar nach Inkrafttreten der neuen Regelung kam es zu Spannungen an der slowenisch-kroatischen Grenze. Präsident Juncker schaltete sich ein. In einem Gespräch am Rande des Europäischen Rates einigte er mit dem slowenischen Ministerpräsidenten Miro Cerar und dem kroatischen Ministerpräsidenten Andrej Plenković darauf, dass das Unionsrecht zur Verschärfung der Kontrollen an den Schengen-Grenzen und zur Verbesserung der Sicherheit der Union anzuwenden und umzusetzen war.

Mit Unterstützung der Kommission wurden technische Maßnahmen und ein System für gezielte Kontrollen zu bestimmten Anlässen vorgeschlagen.

Die Maßnahmen halfen,

- Spannungen zu lockern,
- das Grenzmanagement zu erleichtern,
- die Verspätungen für Reisende zu mindern.

Umgang mit den Konsequenzen von Dänemarks Ausscheiden aus Europol

Nach dem Ausscheiden Dänemarks aus **Europol** infolge des Referendums im Dezember 2015 haben Präsident Juncker, Ratspräsident Tusk und der dänische Premierminister Lars Løkke Rasmussen in enger Zusammenarbeit alle operativen Vorkehrungen getroffen, um die negativen Auswirkungen des Ausscheidens Dänemarks aus Europol zu begrenzen.

Nach dem Referendum hatte Dänemark keinen Zugang mehr zu den Europol-Datenbeständen und konnte nicht länger an der operativen Arbeit und den Datenbanken von Europol teilhaben.

Im April 2017 erzielten Dänemark und die übrige EU im beiderseitigen Interesse eine Einigung hinsichtlich der Bekämpfung schwerer Formen der grenzübergreifenden organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus.

Donald Tusk, Lars Løkke Rasmussen, Jean-Claude Juncker, 3. Dezember 2015

Präsident Juncker leitete die Bemühungen um das maßgeschneiderte Übereinkommen, das eine Zusammenarbeit ermöglicht. So können jetzt wieder operativen Daten ausgetauscht und Verbindungsbeamte entsandt werden, und die vollständige Angleichung an die europäischen Datenschutzvorschriften ist gewährleistet.

Nur Dänemark hat damit nun diesen Sonderstatus, nicht Mitglied zu sein und dennoch sehr enge Beziehungen zu Europol zu unterhalten.

EUROPÄER MITEINANDER VERNETZEN

Das Europäische Solidaritätskorps

September 2016 rief Präsident Juncker das **Europäische Solidaritätskorps** ins Leben, welches für 18- bis 30-Jährige verschiedene Möglichkeiten bietet, sich ehrenamtlich oder gegen Entgelt im Dienste einer Gemeinschaft oder der Gesellschaft zu engagieren, wobei sie wertvolle Lebens- und Berufserfahrung sammeln können.

Die Teilnehmer können sich in der Bewältigung schwieriger Situationen üben – vom Wiederaufbau nach Naturkatastrophen bis zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung oder der Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Migranten.

Seit dem Start im Dezember 2016...

124 000 junge Europäer haben sich verpflichtet

14 250 Einsätze bereits organisiert

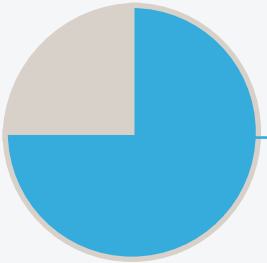
Die Balticconnector - Pipeline

Die Unterstützung des Baus der „Baltic Interconnector" - Gaspipeline ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Juncker-Kommission Europas Völker mit wirtschaftlichen, strategischen und bürgerfreundlichen Initiativen eint.

Mit Zuschüssen in Höhe von mehr als 190 Mio. EUR aus der Fazilität „Connecting Europe" werden 75 % der Projektkosten abgedeckt sein, wenn nunmehr eine erste für Gasflüsse in beide Richtungen verwendbare Gasleitung zwischen Finnland und Estland gebaut wird. Mit diesem Projekt werden die Isolierung des finnischen Gasmarktes beendet und die Gasversorgungssicherheit des ganzen Ostseeraums erhöht.

Und das ist nur ein Teil der strategischen Investitionen, die in dieser Region unterstützt werden. Zu nennen sind ebenfalls die Gasverbindungsleitung Polen-Litauen (GIPL) und das Karksi-Projekt (die Verbindungsleitung Estland-Lettland). Diesen Vorhaben hat die Kommission Finanzhilfen in Höhe von 18,6 Mio. EUR gewährt.

Weitere Projekte betreffen den Ausbau des Fernleitungsnetzes zwischen Litauen und Lettland, die Verbindungsleitung zwischen Polen und Dänemark (BalticPipe) und die Erweiterung des LNG-Terminals in Swinemünde (Polen). Diese Vorhaben sind für einen gut funktionierenden Gasmarkt im Ostseeraum von entscheidender Bedeutung.



Die EU-Finanzhilfen von 190 Mio. EUR **decken 75 % der Projektkosten.**

Print ISBN 978-92-76-07546-2 doi:10.2775/857826 NA-01-19-411-DE-C
PDF ISBN 978-92-76-07529-5 doi:10.2775/397238 NA-01-19-411-DE-N